



## 25. Geschäftsbericht der AUNS

# 2010

Geschäftsstelle: AUNS  
Postfach 669  
CH-3000 Bern 31  
Tel.: 031 356 27 27  
Fax: 031 356 27 28  
Internet: [www.auns.ch](http://www.auns.ch)  
E-Mail: [info@auns.ch](mailto:info@auns.ch)  
PC-Konto: 30-10011-5



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz  
Action pour une Suisse indépendante et neutre  
Azione per una Svizzera neutrale e indipendente

## Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2010)

### Präsident / Président / Presidente

Schwander Pirmin Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

### Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique Notar, 1920 Martigny/VS  
Stamm Luzi Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

### Mitglieder / Membres / Membri

Bischoff Hans Architekt FSAI/SIA, 3097 Liebefeld/BE  
Etter Hans Kaufmann, a. Grossrat, 3052 Zollikofen/BE  
Freyssinger Oskar Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse/VS  
Fuchs Thomas Betriebswirtschaftler, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz  
Geninasca Charles Ökonom, 1276 Gingins/VD  
Grangier Kevin Mediamatiker, 1700 Freiburg  
Montù Gianluca Physiker, 6900 Massagno/TI  
(ab Juni ad interim ersetzt durch Mauro Damiani,  
6516 Cugnasco-Gerra/TI)  
Mörgeli Christoph Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH  
Perrin Yvan Inspecteur de police, Nationalrat, 2117 La Côte-aux-Fées/NE  
Reimann Lukas cand. iur., Nationalrat, 9500 Wil/SG  
Scheidegger René ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR  
Stähli Benjamin Designer, 3012 Bern  
Surber-Devoto C.A. dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., Lima/Peru

### Revisor / Vérificateur / Verificatore

Andreas Roth Notar, 3822 Lauterbrunnen

## Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: info@auns.ch

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: www.auns.ch

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau/ZH (bis 15.10.10)

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann, Matten b.l./BE (ab 15.10.10 Geschäftsführer)

Sekretariat: Katharina Fischer, Bern

### Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande (bis Mitte Februar 2011)

Charles Geninasca

Case postale 41, 1276 Gingins

E-Mail: geninasca@asin.ch

Internet: www.asin.ch

### Indirizzo per la Svizzera italiana

(ab Herbst 2010)

ASNI, Mauro Damiani

Via Terricciuole 4, 6516 Cugnasco-Gerra

E-Mail: damiani@asni.ch

Internet: www.asni.ch

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Das Umfeld im Jahre 2010</b>	<b>4</b>
1.1	Europäische Union	5
1.2	Schweiz	9
<b>2</b>	<b>Die AUNS</b>	<b>12</b>
2.1	Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr	12
2.2	Jahresrechnung und Bilanz	18
2.3	Vorstand	19
2.4	Geschäftsstelle	19
2.5	Die AUNS in den Kantonen	21
2.6	Drucksachen	21
<b>3</b>	<b>Schlusswort</b>	<b>22</b>



## 2011 Das Jubiläumsjahr!

Am 19. Juni 1986 fand in Bern die Gründungsversammlung der AUNS statt.

## 1 Das Umfeld im Jahr 2010

Das Berichtsjahr 2010 wird einerseits wohl als **Jahr der Naturgewalten und Naturkatastrophen** in die Geschichte eingehen. Das verheerende Erdbeben mit Zehntausenden von Toten in Haiti, das diesen Armenhausstaat praktisch unvorbereitet traf, der Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull, der den Flugverkehr grossflächig zum Erliegen brachte, oder die gigantischen Überschwemmungen am Ende des Berichtsjahres in Australien haben die Verletzlichkeit unserer technisierten, globalisierten Welt gegenüber Naturgewalten in aller Deutlichkeit und Härte gezeigt. Die Schweiz hat namentlich im Bereich Katastrophenhilfe und Wiederaufbau wertvolle Auslandshilfe geleistet, und sie tut gut daran, auch im eigenen Land gegen Naturgewalten und andere Bedrohungen ihrer Sicherheit gewappnet zu sein.

Aber auch die weltweite **Finanz- und Wirtschaftskrise**, welche schon Mitte 2008 die Welt erschütterte, ist am Ende des Berichtsjahres noch nicht überwunden, obwohl die USA, China, Russland, die EU-Staaten und viele andere Länder gigantische Staatsgelder eingesetzt haben, um Grossbanken und Industriebetriebe zu retten und den Zusammenbruch ihrer Volkswirtschaften zu verhindern. Die Schweiz ist im Vergleich zu den EU-Staaten ausserhalb von EWR und EU wesentlich besser über die Runden gekommen.



Am Ende des Berichtsjahres befinden sich grosse **Teile der arabischen Welt im Aufbruch**. Es scheint, dass die arabischen Jugendlichen, die Internet- und Facebook-Generation, die sich von Algier über Kairo bis nach Sanaa im Aufbruch befinden und nach Freiheit und Selbstbestimmung rufen, dabei sind, Weltgeschichte zu schreiben. Wohin die Entwicklung führt, ist bei Redaktionsschluss noch unklar.

**Mehr Sicherheit?** Die Zahl der Opfer in bewaffneten Konflikten gehe zurück, versichern uns Statistiker. Allerdings ist jenseits der Grenzen Europas das Austragen von Konflikten mit den Mitteln der Gewalt durchaus noch üblich. Man kann dabei im Wesentlichen drei Typen von Staaten unterscheiden: Erstens die **machthungrigen Provokateure**, allen voran Iran und Nordkorea. Die autoritären Regime zementieren den eigenen Status mit nuklearer Bewaffnung. Die zweite Kategorie von Problemstaaten lässt sich als **Ohnmächtige** klassifizieren – Beispiele sind Afghanistan, Somalia, der Sudan, aber auch Libanon. Konkurrierende Machtzentren streiten sich um die Macht. Das Vakuum lockt ausländische Mächte dazu, ihren Einfluss geltend

zu machen. Die dritte Kategorie bilden die **Grossmächte**: Für Unruhe sorgt derzeit vor allem **China** mit seinem zunehmend dominanten Auftreten. Die nervösen Nachbarn Japan und Südkorea setzen wieder verstärkt auf die USA.

Derweil stehen die **USA** am Ende des Berichtsjahres durch die wirtschaftliche Krise geschwächt da.

Die **UNO** zeigte sich erneut unfähig, an verschiedenen Konfliktherden wirksam einzugreifen. Sie beschränkt sich beispielsweise im Konflikt um die rechtmässige Präsidentschaft in der Elfenbeinküste auf wirkungslose Proteste; auch gegenüber dem Despoten Mugabe in Simbabwe verhalten ihre Interventionen wirkungslos. Nichtsdestotrotz verlangt die schweizerische «Elite» ungestüm nach Einsitznahme unseres Landes im UNO-Sicherheitsrat. Dass mit alt Bundesrat Joseph Deiss nun (leider) ein Schweizer das Präsidium der UNO-Generalversammlung, also das höchste UNO-Amt, übernommen hat, wird für die Schweiz vor allem höhere Kosten bringen. Der Druck nach zusätzlicher UNO-Entwicklungshilfe ist am Ende des Berichtsjahres offenkundig. Weltpolitisch hat sich im Berichtsjahr verstärkt eine **Machtverschiebung** von den USA nach Asien (China, Japan, Indien, Korea) abgezeichnet. Vorab China hat wirtschaftlich gewaltig aufgeholt. Aber auch bei der militärischen Rüstung ist China – vor Frankreich, Grossbritannien, Russland und Deutschland – die Nummer zwei geworden. Die Schweiz tut in Anbetracht der

weltweiten Unwägbarkeiten gut, keinesfalls von ihren Stärken und Besonderheiten – insbesondere von der immerwährenden, bewaffneten Neutralität und ihrer Souveränität – abzurücken.

### 1.1 Europäische Union

#### EU-Grössenwahn und Gleichmacherei bald am Ende?

Valéry Giscard d'Estaing hatte schon 1992 gewarnt: Vor zusätzlichen Erneuerungsschüben müsse sich die Europäische Union zuerst einmal intern festigen. Damals hatte die EU 12 Mitglieder – und keinerlei Gehör für den französischen Ex-Präsidenten und Vater des europäischen Grundvertrages. Im Berichtsjahr 2010 umfasste die EU 27 Mitglieder. Historisch, kulturell, politisch und ökonomisch könnten sie kaum unterschiedlicher sein. Mit diesem heterogenen Verband verglichen würde eine «Union Südamerika» geradezu harmonisch wirken. Trotzdem soll die **Irrfahrt** weitergehen. Zuerst sollen Kroatien und andere Balkanstaaten Aufnahme finden, danach auch noch gegen 78 Millionen Türken.

Dabei wird übersehen, dass die **Eurokrise**, die im Berichtsjahr einen Höhepunkt erreicht hat, ihre Wurzeln ebenfalls in dieser «Vorwärtsstrategie» (sprich Grössen- und Gleichheitswahn) hat. Die EU musste mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds

IWF einzelne Mitgliedstaaten mit 750 Milliarden Euro vor dem Bankrott bewahren. Sie verspricht Milliarden, die aber niemand besitzt. Der Euro hat massiv an Vertrauen verloren. Auch im kommenden Jahr werden gewaltige Transferzahlungen nötig sein – aber auch konjunkturgefährdende Einsparungen bei den Euro-Staaten. Der Teufelskreis droht sich zu schliessen: Wir wurden im Berichtsjahr Zeugen einer massiven Umverteilung und damit Vernichtung von Wohlstand zur Erhaltung einer politisch verordneten Währungsunion, die nicht funktioniert.

### Enorme Schadensbilanz der EU

Das Berichtsjahr zeigt es schonungslos auf: Das Experiment, verschiedenste volkswirtschaftliche Mentalitäten und Kulturen unter ein einheitliches, gleichmacherisches Recht und eine gleiche Währung zu zwingen, ist zum Scheitern verurteilt.

**Die Schadensbilanz für die Menschen in der EU ist enorm.** Die EU-Konstruktion mag für die Politiker, für die Classe politique, gewinnbringend sein – für die Bürger jedoch nicht! Die hochgejubelten Kriterien der Euro-Länder betreffend Verschuldungsgrad und Defizite – das sind die Grundbedingungen einer einheitlichen Währung – stehen im luftleeren Raum. Im Berichtsjahr gehören von den 16 Euro-Ländern die Mehrheit von 11 Staaten zu den Sündern, welche diese Bedingungen nicht erfüllen.

### Staatsschulden

Land	Milliarden Euro	% des BIP	Milliarden Franken
Belgien	326.3	96.2%	424.1
Bulgarien	5.1	14.7%	6.7
Tschechien	52.8	35.3%	68.6
Dänemark	92.3	41.4%	120.0
Deutschland	1760.5	73.4%	2288.7
Estland	15.5	7.2%	20.2
Irland	104.6	65.5%	136.0
Griechenland	298.0	126.8%	387.4
Spanien	560.6	53.2%	728.8
Frankreich	1489.0	78.1%	1935.7
Italien	1763.6	116.0%	2292.6
Zypern	9.8	58.0%	12.8
Lettland	4.8	36.7%	6.2
Litauen	27.0	29.5%	35.1
Luxemburg	5.5	14.5%	7.2
Ungarn	74.7	78.4%	97.1
Malta	3.9	68.6%	5.1
Niederlande	347.6	60.8%	451.9
Österreich	185.1	67.5%	240.6
Polen	173.9	50.9%	226.1
Portugal	127.9	76.1%	166.3
Rumänien	27.5	23.9%	35.7
Slowenien	12.5	35.4%	16.3
Slowakei	22.3	35.4%	29.0
Finnland	75.1	43.8%	97.6
Schweden	147.7	41.9%	192.0
Grossbritannien	1123.2	68.2%	1460.1
Schweiz	168.7	41.1%	219.4

BIP: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) beschreibt die Grösse einer Volkswirtschaft in einem Jahr. Es ist definiert als der Geldwert aller im Inland an Haushalte verkauften Güter und erbrachten Dienstleistungen. Die Maastrichtkriterien für die Euro-Länder schreiben vor, dass die Staatsschulden 60 % des BIP nicht übersteigen dürfen.



Weil der Euro für die einen Länder zu stark und für die andern zu schwach ist, hat das zu gewaltigen Fehlentwicklungen geführt. Kein Staat konnte durch eine eigene Notenbank und eine eigene Währung korrigierend eingreifen. Ein Ausstieg aus dem Euro – die einzige Möglichkeit bankrotter Staaten – ist nicht vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der weltweiten **Wirtschafts- und Finanzkrise** mussten vor allem Deutschland, aber auch Frankreich und England, gigantische Summen von Staatsgeldern in die marode Wirtschaft pumpen.

Umso mehr braucht die EU Geld. Nettozahler wie die Schweiz sind dringend gesucht.

*In diesem Zusammenhang hat sich der luxemburgische Premierminister und Chef der Euro-Zone Jean-Claude Juncker im Dezember des Berichtsjahres eine skandalöse Entgleisung über die Schweiz geleistet mit der folgenden Aussage: «Es bleibt ein geostategisches Unding, dass wir diesen weissen Fleck auf der europäischen Landkarte haben.»*

### EU: Spannungsherd statt Friedenswerk

Das «Friedenswerk EU» hat sich im Zug der versuchten Euro-Rettung eher zum Spannungsherd gewandelt. Vor allem die Deutschen als mit Abstand grösster Nettozahler sind es müde, dauernd die Zeche

für die Sorglosigkeit anderer bezahlen zu müssen. Redaktor Philip Plickert schreibt in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** vom 4.12.2010: «Um die murrenden Bürger zur Teilnahme an den Rettungsaktionen zu bewegen, heisst es beschwörend aus den Spitzen von Politik und Industrie, Deutschland sei grösster Profiteur des Euro gewesen. Für viele einfache Bürger ist das kaum nachvollziehbar.»

Und der **Münchner Merkur** schreibt am 2.12.2010: «Die Bürger spüren, wie ihnen von den Regierungen klammheimlich dieses neue, so nicht gewollte Europa übergestülpt wird. Auch deshalb wird der Ton zwischen den Völkern immer schärfer, weil Deutschland als Zucht- und Zahlmeister den stärksten Anfeindungen ausgesetzt ist. **Die Einführung des Euro sollte Europa einen. Stattdessen bringt das gemeinsame Geld die Europäer immer mehr gegeneinander auf. Was für eine Tragödie!**»

### 23 Millionen EU-Bürger ohne Arbeit

Hand in Hand mit der Euro-Krise und den hohen Steuerraten ist im Berichtsjahr auch die Arbeitslosigkeit in der EU auf einem hohen Niveau verharnt. Gemäss Eurostat (Statistisches Amt der EU) betrug die Arbeitslosigkeit in den Euro-Ländern Ende Dezember 2010 10 %. Auch in den 27 EU-Mitgliedsländern betrug die Arbeitslosigkeit hohe 9,6 %. Die höchsten Quoten haben Spanien (über 20 %) sowie mit jeweils 18,3 % Litauen und Lettland. Mehr als

23 Millionen Menschen in der EU hatten im Dezember 2010 keine Arbeit, davon fast 16 Millionen im Euroraum.

### Arbeitslosigkeit

Belgien	8.3%
Dänemark	7.8%
Deutschland	6.7%
Estland	16.2%
Finnland	7.9%
Frankreich	9.8%
Griechenland	12.9%
Grossbritannien	7.8%
Irland	13.9%
Island	7.4%
Italien	8.7%
Luxemburg	4.8%
Niederlande	4.4%
Norwegen	3.6%
Österreich	5.1%
Polen	9.8%
Portugal	11.0%
Schweden	7.8%
<b>Schweiz</b>	<b>4.4%</b>
Slowakei	14.5%
Slowenien	7.5%
Spanien	20.6%
Tschechien	7.2%
Ungarn	11.3%
OECD	8.6%
USA	8.6%

[Quelle: OECD, 11.1.2011]

## 1.2 Schweiz

### Sonderfall bleibt Erfolgsmodell

Es war und blieb auch im Jahr 2010 eine Tatsache: In praktisch allen aktuellen Weltranglisten nimmt die Schweiz Spitzenplätze ein – Spitzenplätze in Bezug auf Zukunftsperspektiven, Wohlstand, Wirtschaftsleistung, Steuerbelastung, soziale Errungenschaften, Sicherheit und Zufriedenheit. Der globale Wettbewerbsfähigkeitsbericht 2009–2010 («The Global Competitiveness Report») des World Economic Forums zeigt die Schweiz weltweit an erster Stelle – vor den USA, Singapur, Schweden, Dänemark und Finnland. Darum – und wegen des gravierenden Souveränitätsverlustes – will die Schweizer Bevölkerung verständlicherweise auch nicht in die EU. Umfragen von Isopublic um die Mitte des Berichtsjahres zeigen, dass drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer gegen einen EU-Beitritt sind (Tagesanzeiger, 21.7.2010, «**EU-Beitritt beim Volk weiterhin chancenlos**»).



### Das Freihandelsabkommen Schweiz-Japan

wurde im September 2010

1 Jahr alt, und es ist eine Erfolgsgeschichte. Es sei das «bedeutendste Freihandelsabkommen der Schweiz seit demjenigen mit der EG», lobte die Schweizer Aussenwirtschaftsförderung Osec. Ziel ist die Liberalisierung des Handels mit Japan. 4 % der Schweizer Ausfuhren gehen nach Japan. Selbst in

den Krisenjahren sind die Exporte angestiegen, und auch die Importe nahmen in der ersten Hälfte des Berichtsjahres um 10 % zu. Dank dem Abkommen spart zum Beispiel der Generalimporteur von Kawasaki einen «mehrfach fünfstelligen Betrag an Zöllen». Besonders profitieren laut Osec die Käseproduzenten. (20 Minuten, 3.9.2010)

### Neue EWR/EU-Diskussion

Obwohl das Scheitern des EU-Konstrukts längst unübersehbar war, wurde im Sommer 2010 die EU-Beitrittsdiskussion wieder angefacht. Die «liberale Denkfabrik» Avenir Suisse (die vom Wirtschaftsdachverband economniesuisse finanziert wird!) forderte einen EU- oder vorerst einmal einen EWR-Beitritt. Das wenig geistreiche Fazit des 332-seitigen Buches lautet: «Beitreten, um nicht beitreten zu müssen.»

In eine ähnliche Richtung ging eine bundesrätliche Medienkonferenz am 19. August 2010. Bundespräsidentin Leuthard und Bundesrätin Calmy-Rey orientierten über die «Ergebnisse» der vorangegangenen bundesrätlichen Klausur zur Europapolitik. Sie äusserten sich dabei **völlig gegensätzlich** über den weiteren bilateralen Weg und zur Europapolitik. Bundespräsidentin Leuthard sagte: «Der Bundesrat ist zum Schluss gekommen, dass die Fortführung des bilateralen Weges nach wie vor genügend Spielraum lässt, um die Interessen der Schweiz zu wahren.» Bundesrä-

tin Calmy-Rey erwiderte ein paar Minuten später: «Kurzfristig ist eine Anpassung des bilateralen Weges unumgänglich, denn die Weiterführung des bilateralen Weges gemäss den bisherigen Modalitäten ist nicht denkbar.» Was gilt nun? Widersprüchlicher geht es nicht!

Doch in einem einzigen Punkt hat der Bundesrat Klartext gesprochen, nämlich zum Schicksal des EU-Beitrittsesuches, das seit 1992 in Brüssel liegt. Auf die Frage eines Journalisten, ob das Gesuch nun zurückgezogen werde, sagte die Bundespräsidentin: Nein, das Beitrittsesuch sei «im Frigo und es bleibt dort». Selbst dieser bescheidene Tatbeweis, dass die Schweiz unabhängig sein will, wurde und wird nicht erbracht, denn der Bundesrat will in die EU, aber er will (wie auch die meisten Parteien) im Hinblick auf das Wahljahr 2011 nicht davon reden – nachher aber schon...

#### Automatismus für neues EU-Recht?

Im neuen Europabericht des Bundesrates («Bericht des Bundesrates über die Evaluation der schweizerischen Europapolitik»), der an der erwähnten Klausursitzung behandelt wurde, spricht sich der Bundesrat zwar vordergründig für die Weiterführung des bilateralen Weges aus. Das Gejammer der Landesregierung über die «zunehmenden Schwierigkeiten» des bilateralen Weges und die Unterwürfigkeit gegenüber Brüssel zeigen jedoch, dass er bereits kapituliert hat und den Beitritt etappenweise vollziehen will. Als erste Etappe sollen mit

«**institutionellen Lösungen**» neues, «weiterentwickeltes» EU-Recht **automatisch und ohne Volksentscheid** übernommen werden. Seit dem Herbst 2010 ist nun eine gemeinsame Arbeitsgruppe Schweiz/EU am Werk (von Seiten der Schweiz sind es Verwaltungsfunktionäre), welche zu institutionellen Fragen Lösungsansätze ausarbeiten soll. Bei Redaktionsschluss liegen noch keine Resultate vor. Für die AUNS ist es klar: Eine institutionelle Übernahme von neuem EU-Recht wäre ein **Quantensprung zur Preisgabe unserer Souveränität**, was unter keinen Umständen akzeptiert werden kann.

#### Preisgabe der Souveränität als «neue Souveränität» getarnt

Im Berichtsjahr 2010 ist es in den entsprechenden Kreisen Mode geworden, bislang klare, verständliche Begriffe zu vernebeln und ihnen eine neue Bedeutung zu geben. So redet die Classe politique oder die sogenannte Elite nicht von der Preisgabe der Souveränität, sondern davon, wie man diese «gemeinsam wahrnehme» (EU-Kommissär Franz Fischler) oder dass man die Souveränität lediglich «übertrage». Alt Bundesrat Pascal Couchepin antwortete in der NZZ am Sonntag vom 29.8.2010 auf die Frage, was die Entwicklung der EU für die Schweiz bedeute: «Dass wir uns anpassen müssen.» Danach begründete Couchepin die Notwendigkeit eines EU-Beitritts damit, dass der Franken gegenüber dem Euro immer weiter steige. Nach dieser Lo-

gik müssten wir sofort den USA als 51. Staat beitreten, denn der Wert des Dollars ist in den letzten Jahrzehnten von fünf auf einen Franken gesunken.

Auch für die freisinnige alt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz, die am 1. August 2010 auf dem Rütli sprach, sind «das Bankgeheimnis und der Glaube an die schweizerische Souveränität gegenüber der EU nichts als falsche Mythen». (NZZ online, 1.8.2010).

#### Das Schengen-Debakel

Das hochgejubelte Schengen-Abkommen hat sich im Berichtsjahr definitiv als Debakel erwiesen. Das europaweite «Sicherheitsprojekt», das «grenzenlose» Europa, wurde vollends zum **Unsicherheitsraum** und zur **teuren Illusion**. Mit der Abschaffung der Grenzkontrollen («Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden.») hat die illegale Zuwanderung unkontrollierbare Ausmasse angenommen. Immer mehr Personen ohne gültige Papiere oder mit gefälschten Visa kommen in unser Land. Banden aus dem grenznahen Ausland unternehmen regelrechte Raubzüge in die Schweiz und setzen sich wieder ins Ausland ab. Ebenso bringt Schengen einen gewaltigen **Souveränitätsverlust**: Wir haben bis Ende 2010 bereits gegen 120 Anpassungen an neues Schengenrecht vornehmen müssen. Dazu kommen **massiv höhere Kosten** für das immer noch in den Kinderschuhen steckende Schengener Informationssystem SIS sowie



unkontrollierbare Zustände vorab an der südlichen Schengener Aussengrenze. Der Bundesrat hat seinerzeit im Abstimmungsbüchlein von Kosten von 7,4 Millionen Franken pro Jahr gesprochen. In Tat und Wahrheit hat uns die Schengen-Mitgliedschaft bis Ende 2010 185 Millionen gekostet.

Für die AUNS, die Schengen seit Beginn an vorderster Front bekämpft hat, ist klar: Die Schweiz muss ihre Grenzen wieder selbst kontrollieren, ebenso die Visavergabe.

**Die AUNS verlangt deshalb vom Bundesrat eine Neuverhandlung des Schengen-Vertrages; nötigenfalls ist das Abkommen zu kündigen.**



## 2 Die AUNS

### 2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr

Es ging auch im Berichtsjahr darum – und es wird auch in Zukunft darum gehen – einen (schleichenden) EU-Beitritt zu verhindern und die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu wahren und zu stärken.

Es ist und bleibt die **historische Mission der AUNS**, die Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit unseres Landes zu wahren. Das und nichts anderes ist laut der Bundesverfassung (Artikel 2, 173 und 185) das Ziel der schweizerischen Aussenpolitik.

#### 25. Mitgliederversammlung vom 10. April 2010



Rund 1000 AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gäste erlebten am 10. April 2010 im Berner «National» eine Mitgliederversammlung der Höhepunkte. **Bundesrat Ueli Maurer** fesselte die Anwesenden mit seinen Ausführungen zum hochaktuellen Thema «Unsere Schweiz: Sonderfall oder Auslaufmodell?». Ausgehend von General Guisan, der in gefährvoller Zeit, als es in der hohen Politik Anpasser gab, Garant für den Sonderfall Schweiz gewesen sei – «für eine Schweiz, die den Mut und die Kraft hatte, ihren eigenen Weg zu gehen» – schlug der VBS-Chef den Bogen zur Aktualität.

Auch heute stehe der Sonderfall Schweiz (mit den Pfeilern Neutralität und direkte Demokratie) für Freiheit, Sicherheit, Eigenständigkeit und Erfolg. Unser Land müsse deshalb wirtschaftlich und staatspolitisch, aber auch militärisch ein Sonderfall bleiben. Statt des untauglichen Konzepts «Sicherheit durch Kooperation», das unsere Sicherheit in fremde Hände lege, müsse die Schweiz auch militärisch den **Mut zu eigenen Lösungen** haben.



#### AUNS-Präsident Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

geisselte in seiner Standortbestimmung die permanente EU-Beitrittspropaganda der Eliten im Bundesrat und in der Verwaltung. Sie handelten wider die Interessen der Schweiz, verlachten unsere Traditionen, ruinierten unser weltweites Vertrauen und versteckten sich hinter dem Völkerrecht. Der **Mut zur Eigenständigkeit** setze grundlegende Korrekturen voraus: «Wir müssen kleinstaatlichen Strukturen und die Grundsätze freiheitlicher Ordnung wieder hochhalten!» Das sei die Kernaufgabe der AUNS.

Die Medienberichterstattung über die politische Grossveranstaltung in Bern fiel bescheiden aus. Nach den personellen Wechseln in der Führungsetage des Schweizer Fernsehens muss mit einer Verhärtung der politischen Einseitigkeit gerechnet werden. Das heisst, die AUNS wird noch weni-

ger auf eine ausgewogene Medienberücksichtigung zählen können – zum Schaden der direkten Demokratie.

#### Gegenentwurf zur AUNS-Staatsvertragsinitiative

Zu der von der AUNS am 11.8.2009 eingereichten Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» hat der Bundesrat im Berichtsjahr einen direkten Gegenentwurf vorgelegt. Er beantragt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen und dem Gegenentwurf zuzustimmen.

Die Initiative will die Volksrechte in der Aussenpolitik stärken. Sie verlangt, dass Staatsverträge in wichtigen Bereichen zwingend der Volksabstimmung (dem obligatorischen Referendum) unterbreitet werden und somit nur gültig sind, wenn sie die doppelte Mehrheit von Volk und Ständen erreichen. Die Initiative umfasst alle völkerrechtlichen Verträge in wichtigen Bereichen, die

- eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen,
- die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen zu übernehmen,
- Rechtsprechungszuständigkeiten an internationale Institutionen übertragen oder
- Ausgaben von über 1 Milliarde Franken bzw. jährlich wiederkehrend 100 Millionen nach sich ziehen.

Dem Bundesrat geht das zu weit. Er ist der

Ansicht, dass der Auslegungsspielraum der Initiative zu gross sei. Zwar findet sich in der Verfassung auch beim fakultativen Staatsvertragsreferendum der Begriff «in wichtigen Bereichen». Hier wirke jedoch die aufwendige Unterschriftensammlung mit, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Der Bundesrat will nun der Initiative einen einfachen Gegenentwurf gegenüberstellen. Das obligatorische Referendum soll ausgeweitet werden auf «völkerrechtliche Verträge, die Bestimmungen enthalten, die eine Änderung der Bundesverfassung erfordern oder einer solchen gleichkommen». Dadurch würde im Wesentlichen ungeschriebenes Verfassungsrecht kodifiziert. Beispiel: Das Parlament unterstellte 1992 den EWR von sich aus dem obligatorischen Referendum, weil es dem Vertrag Verfassungscharakter zuschrieb. Deshalb stärkt der Gegenentwurf keinesfalls die demokratische Mitwirkung in der Aussenpolitik.

Ende 2010 hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-NR) im Sinne des Bundesrates für den Gegenentwurf votiert. Was im Parlament geschieht, ist bei Redaktionsschluss offen. Die AUNS wird nach einer eingehenden Lagebeurteilung entscheiden müssen, ob sie an ihrer Initiative festhält oder sie zu Gunsten des Gegenvorschlages zurückziehen soll. **So oder so hat die AUNS das Verdienst, dass dank ihr die Volksrechte in der Aussenpolitik zum Thema geworden sind.**

Dies ist entscheidend in einer Zeit, in der die weltweit einzigartigen schweizerischen Volks- und Freiheitsrechte von jenen politischen Lagern, die in die EU drängen, unter Beschuss sind. Denn **die Volksrechte sind wirksame Hürden gegen den Beitrittsdrang der Anpasser.** Sie wollen die Ungültigkeit von Volksinitiativen, die angeblich gegen das Völkerrecht verstossen, vorantreiben, sie fordern eine richterliche Instanz, welche Volksinitiativen für ungültig erklärt und dergleichen mehr.

### **AUNS will Milizarmee und bewaffnete Neutralität**

Im Berichtsjahr hat die AUNS auch zum **bundesrätlichen Armeebereich 2010** Stellung genommen – mit den folgenden Schwerpunkten:

Der dem Verteidigungsminister aufgezogene Armeebereich ist ein **Sammel-surium** von verschiedenen bundesrätlichen Auffassungen und armeetypischen «Steckenpferden». Der Bericht tendiert auf eine neutralitäts- und verfassungswidrige Auslandkooperations-Restarmee, die sich letztlich selbst abschafft.

Die bundesrätliche «Kompromissarmee» von nur noch 80'000 Mann, wovon lediglich 22'000 Mann als Kampftruppen vorgesehen sind, erfüllt den verfassungsmässigen Kernauftrag (der Verteidigung) nicht und ruft früher oder später nach militärischer Auslandkooperation und nach einem Militärbündnis. Die massive Aufstockung der Durchdiener und der Kontingente für



Auslandeinsätze läuft auf eine neutralitätswidrige Profi- und EU-/Nato-Kooperations-Restarmee hinaus, die im Volk keinen Rückhalt finden wird.

**Die AUNS will eine einsatztaugliche Milizarmee im eigenen Land, für das eigene Land** – eine Milizarmee, die auf den Grundpfeilern der bewaffneten Neutralität und der allgemeinen Wehrpflicht beruht und den Verfassungsauftrag gemäss Art. 58 Bundesverfassung (Kriegsverhinderung, Verteidigung) erfüllen kann.

Der Armeebereich 2010 ist in diesem Sinn zu überarbeiten.

Der Armeeangehörige soll weiterhin seine **Ordonnanzwaffe zu Hause** aufbewahren. Diese Praxis ist weltweit einzigartig und von grosser Symbolkraft. Gleichzeitig wird mit der «Waffe zu Hause» das ausserdienstliche Schiesswesen erleichtert.

### **Nein zum UNO-Sicherheitsrat**

Der neutralitätswidrige Aktivismus in Bundesbern, der seit dem UNO-Beitritt der Schweiz im Jahre 2002 massiv zugenommen hat, gipfelte im Berichtsjahr erneut in der Forderung neutralitätsmüder Kreise nach Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat. Mit der Übernahme des Präsidiums der UNO-Generalversammlung durch alt Bundesrat Deiss wurde dieser fast unstillbare Drang noch verstärkt. **Die AUNS wird eine Einsitznahme unseres Landes im UNO-Sicherheitsrat mit aller Kraft bekämpfen.** Weil der UNO-Sicherheitsrat über Krieg und Frieden entscheidet, würde unsere Neutralität preisgegeben.

Dass die schweizerische Neutralität nach wie vor hoch im Kurs ist, hat der AUNS-Geschäftsführer auf einer Russlandreise im Spätsommer 2010 selbst erlebt. Bei einem Treffen mit Duma-Mitgliedern betonten

diese, dass die schweizerische Neutralität hochgeschätzt werde. Denn die Schweiz nimmt unter anderem die diplomatischen Interessen zwischen Russland und Georgien wahr.

### EU-Botschafter als Ärgernis

EU-Botschafter Michael Reiterer hat sich im Berichtsjahr zum Missfallen der AUNS mehrfach weit aus dem Fenster gelehrt, der Schweiz Ratschläge erteilt und sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes eingemischt. Nachdem er oberlehrhaft doziert hatte, «es geht nun (für die Schweiz) darum, auch die Lasten der Personenfreizügigkeit zu tragen», mischte er sich auch in die Verhandlungen im Steuer-

bereich (Abgeltungssteuer) ein. So äusserte er sich in Interviews, «die unterzeichnete Absichtserklärung» (sei) «erst der Anfang», und die EU wolle «auch mit Drittstaaten den automatischen Informationsaustausch» – also auch mit der Schweiz. Nicht von ungefähr stellte die Weltwoche (Nr. 44, 2010) die Frage: «**Muss EU-Botschafter Reiterer ausgewiesen werden?**»

### AUNS Klartext und Internet

Im Berichtsjahr erschienen insgesamt sechs Ausgaben des AUNS Klartextes (ab Nr. 139 neu AUNS BULLETIN), nämlich die Nummern 134 bis 139. Der AUNS Klartext erscheint als «Bulletin d'information» in französischer und als «Bollettino

d'informazione» in italienischer Sprache (ab Nr. 139 neu ASIN BULLETIN und ASNI BOLLETTINO). Das Bulletin hat die Aufgabe, die Mitglieder mit aktuellen Informationen zu bedienen und neue Mitglieder für die AUNS zu gewinnen.

Die **AUNS-Internetseiten** ([www.auns.ch/](http://www.auns.ch/) [www.asin.ch/](http://www.asin.ch/) [www.asni.ch/](http://www.asni.ch/)) als Plattform für aktuelle Informationen und Kontakt für Interessierte wurden weiterhin in den Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch geführt.

### Communiqués

Im Berichtsjahr 2010 ist die AUNS mehrfach mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten (alle Communiqués sind auf [www.auns.ch](http://www.auns.ch) abrufbar). Es ging dabei um die folgenden Botschaften und Forderungen:

- «Stopp der Preisgabe unserer Neutralität!» (publiziert am 11. 1. 2010)
- Bundesrätlicher Bericht zum Verhältnis Landesrecht – Völkerrecht: «Bundesrat will Volksrechte sabotieren» (publiziert am 10.3.2010)
- «Bundesrat Ueli Maurer – Gastreferent bei der AUNS» (publiziert am 7.4.2010)
- «AUNS will Militärinternationalismus stoppen – AUNS fordert moderne Milizarmee zur Verteidigung und zum Schutz der Schweiz» (publiziert am 15.4.2010)
- AUNS zum Armeebericht 2010 (Vernehmlassung): «Die AUNS will eine moderne, starke Milizarmee zur Verteidigung und zum Schutz unseres Landes» (publiziert

am 9.7.2010)

- AUNS zum neuen Europabericht des Bundesrates: «Quantensprung zur Preisgabe unserer Unabhängigkeit» (publiziert am 18.8.2010)
- «Nationalrat Hans Fehr wechselt von der AUNS zur SVP» (publiziert am 15.7.2010)
- AUNS zu den neuen Forderungen aus Brüssel: «EU-Imperialismus – nein danke!» (publiziert am 15.12.10)



## 2.2 Jahresrechnung und Bilanz

### Jahresrechnung 2010

	Rechnung 2009	Rechnung 2010
<b>Einnahmen</b>		
Beiträge und Spenden	1'482'195.73	1'200'553.76
Zinsen	38'303.40	- 9'376.57
	1'520'499.13	1'191'177.19
<b>Ausgaben</b>		
Propaganda, Werbung	407'182.25	396'000.00
Mitgliederbriefe, Presse	295'753.90	299'485.90
Sonderaktionen	512'132.15	123'937.92
Abschreibungen	9'724.35	6'469.50
Allgemeines	85'054.90	89'559.59
	1'309'847.55	915'452.91
<b>Zusammenstellung</b>		
Total Einnahmen	1'520'499.13	1'191'177.19
Total Ausgaben	1'309'847.55	915'452.91
Einnahmenüberschuss	+ 210'651.58	+ 275'724.28

- : Ausgabenüberschuss / + : Einnahmenüberschuss

### Bilanz per 31. Dezember 2010

Kasse	2'909.00	
Postcheck	489'123.85	
Valiant-Bank Bern	1'203'189.00	
Wertschriften	558'465.66	
Guthaben VST*	14'752.68	
EDV-Anlage, Mobilier	11'755.00	
Kreditoren		77'025.10
Sonderfonds		54'961.65
Kapital		2'148'208.44
	2'280'195.19	2'280'195.19

\*Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 10. April 2010 hat beschlossen, die Jahresbeiträge für 2010 nicht zu erhöhen: Sie bleiben bei 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner). Die Sympathisanten zahlen nach freiem Ermessen. Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden im Vergleich zum Budget 2010 um 49'446.30 Franken tiefer aus. Die Einnahmen belaufen sich auf total 1'191'177.19 Franken, 68'822.81 Franken tiefer als im Budget vorgesehen. Die Ausgaben von total 915'452.91 Franken fallen um 80'452.91 Franken höher aus als budgetiert. Der AUNS-Kasse («AUNS-Kriegskasse») können somit 275'724.28 Franken zugeführt werden. **Wir danken allen Mitgliedern, Gönnern und Spendern für die treue Bezahlung der Jahresbeiträge und für die grosszügigen Spenden.**

### 2.3 Vorstand

Der Vorstand tagt in der Regel während der Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand die aussenpolitische Lage der Schweiz mit besonderem Blick auf den schleichenden EU-Beitritt und die «getarnte» militärpolitische EU- und Nato-Annäherung im Vordergrund. Die Konzentration der Kräfte auf die Verhinderung des EU-Beitritts und der fortschreitenden Aushöhlung der Neutralität steht im Vordergrund. Aus diesem Grund werden permanent verschiedene Volksinitiativen geprüft, die den

Weg EU-Beitritt bremsen beziehungsweise stoppen können. Zudem ist der Vorstand bestrebt, Rahmenbedingungen für eine Stärkung der AUNS zu schaffen. **Er will die AUNS als eine parteipolitisch unabhängige und eigenständig agierende Volksbewegung positionieren.**

### 2.4 Geschäftsstelle

Wiederum erfüllte die Geschäftsstelle eine vielseitige Aufgabe. Sie erarbeitete diverse Berichte, politische Vernehmlassungen und Vorstösse. Ebenso galt ihr Augenmerk diversen Presseunterlagen, Verlautbarungen und Entscheidungsgrundlagen sowie der Finanzbeschaffung, der Administration und der Mitgliederwerbung.

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Mit Fehr und Gartenmann sowie der Sekretärin Katharina Fischer (zu 60 % angestellt) haben wiederum je nach Arbeitsanfall Teilzeit-Arbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt.

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen, Streitgespräche, Podiumsgespräche, Fernseh- und Radiosendungen, Referate an Berufs- und Mittelschulen, Interviews und dergleichen, die vor allem vom Präsidenten, dem Geschäftsführer, dem Stellvertreter und anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS im In- und Ausland bekannt zu machen.

Die AUNS hat heute auch bei jungen Leuten ein wesentlich besseres Image als noch vor einigen Jahren. Viele Lehrlinge machen für die Lehrabschlussprüfung (LAP) ihre selbstständige Arbeit über die AUNS oder über ein Thema, bei dem die AUNS besonders gefragt ist. Die junge Generation besinnt sich wieder verstärkt auf die schweizerischen Werte und erkennt die Vorteile der Eigenständigkeit.



### Wechsel des Geschäftsführers

Nationalrat **Hans Fehr** hat auf Mitte Oktober 2010 auf Ersuchen der SVP-Parteispitze eine zentrale Führungsposition im Wahlkampf 2011 übernommen. Hans Fehr war seit dem 1. April 1998 Geschäftsführer der AUNS. In seine Amtszeit fielen wichtige Abstimmungskämpfe, beispielsweise die Asylinitiativen (1996/2002), gegen die EU-Beitrittsinitiative und das Militärgesetz (2001), gegen den UNO-Beitritt und die Solidaritätsstiftung (2002), gegen Masseneinbürgerungen (2004), gegen Schengen und die Ost-Zuwanderung (2005), gegen die Kohäsionsmilliarde (2006), für das verschärfte Asyl- und Ausländerrecht (2006), für demokratische Einbürgerungen und für die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» (2008), gegen das demokratiefeindliche «Personenfreizügigkeits-Paket» (2009) und gegen die neutralitätswidrige, groteske «Piratenjagd»

mit Schweizer Soldaten (2009). Im August 2009 hat die AUNS ihre erste Volksinitiative eingereicht. Die Staatsvertragsinitiative («Staatsverträge vors Volk!») stärkt die Volksrechte, indem das obligatorische Referendum auf wichtige Bereiche ausgeweitet wird. Im Weiteren hat die AUNS unter Fehrs Geschäftsführung einen umfangreichen «Europabericht» (2006), ein «Schwarzbuch der schweizerischen Neutralität» (2007/2008) sowie verschiedene Argumentarien und Broschüren gegen den EU-Beitritt der Schweiz sowie Stellungnahmen für die Ausgestaltung der Armee («Milizarmee im eigenen Land – für das eigene Land»/Armeebericht 2010) geschaffen. Zudem hat die AUNS während seiner Amtszeit Kampagnen, u. a. gegen fremde Steuervögte, gegen die «Steinbrücksche Kavallerie», gegen die EU-Anpasser und -Fanatiker im eigenen Land und gegen den «Hühnerhaufen Bundesrat» geführt.

**Der Vorstand der AUNS dankt Nationalrat Hans Fehr für seinen tatkräftigen Einsatz und wünscht ihm alles Gute sowie viel Erfolg für die neue Aufgabe.**



Zum neuen Geschäftsführer wählte der AUNS-Vorstand im September den langjährigen Stellvertreter **Werner Gartenmann**. Die Amtsübergabe erfolgte am 15. Oktober 2010.

## 2.5 Die AUNS in den Kantonen



### Deutschschweiz

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter der Deutschschweizer Kantone trafen sich dreimal in Bern und einmal in Zürich. Die Stützpunkte sind das Rückgrat der aktiven Arbeit vor Ort. Deshalb wurde an der Struktur nichts geändert. Im Oktober begannen die Vorbereitungen für einen Ausbau der Stützpunkte. Im neuen Geschäftsjahr sollen die Kantone vermehrt wahrgenommen werden. Anlässlich der Oktobersitzung wählten die Stützpunktleiter **Elvira Hengeveld**, Stützpunktleiterin Graubünden, zu ihrer «Doyenne». Nebst der inneren Festigung müssen dringend personelle Lücken geschlossen werden.

### Suisse romande und Ticino



Nach dem Rücktritt von Charles Geninasca Anfang März 2010 als «Koordinator Westschweiz» konnte im Dezember 2010 die wichtige Funktion mit **Eric Bertinat** aus Genf neu besetzt werden. In den Kantonen FR, VD, VS (Unterwallis) und GE bilden mehrere aktive Mitglieder Vorstände, welche die aktive Arbeit vor Ort sicherstellen. Im Kanton JU muss eine personelle Verstärkung erfolgen und im Kanton NE muss eine völlig neue Grup-

pe aufgebaut werden. Die Konsolidierung und der Ausbau der Suisse romande hat für die Geschäftsstelle 2011 Priorität. Bereits im Berichtsjahr hat der neue Geschäftsführer den Kontakt zu den Kantonen intensiviert (FR, VD und VS).

Den Aktiven in der Westschweiz gebührt unser besonderer Dank. Denn sie engagieren sich nach wie vor in einem politisch und journalistisch wenig toleranten Umfeld. Der Versuch, die AUNS und ihre Mitglieder in Misskredit zu bringen, wird von gewissen Kreisen systematisch praktiziert.



Im Sommer übernahm **Mauro Damiani** den Stützpunkt Tessin. Mit ihm erfährt die AUNS eine markante Verstärkung. Der Kanton Tessin ist einer der mitgliederstärksten AUNS-Kantone und ein wichtiges Standbein für die AUNS.

## 2.6 Drucksachen

Nebst vielen kleineren Drucksachen wie Bestell-, Beitrittskarten, Einzahlungsscheinen und «Spendenflyern» wurden folgende Broschüren und Plakate produziert:

- Broschüre «Mut zur Eigenständigkeit»: Referate von Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS, und Nationalrat Dr. Pirmin Schwander, Präsident der AUNS, anlässlich der Mitgliederversammlung vom 10.4.2010 (dt., fr., it.)

### 3 Schlusswort

Wir danken an dieser Stelle unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung und mit grossem Engagement für unser Land, für unsere Freiheit und Eigenständigkeit kämpfen.

Mit Taktik, Schlaumeierei und einer Lügenpolitik bereitet das politische Bern den EU-Beitritt vor. Zwar spricht man vor den eidgenössischen Wahlen nicht mehr direkt vom EU-Beitritt, sondern «lobt» den bilateralen Weg als den einzig gangbaren Weg. Es scheint, dass der Bundesrat die Drohungen aus Brüssel begrüsst, ohne automatische Übernahme von neuem EU-Recht gebe es keine neuen Verhandlungen. Das neue Zauberwort heisst «Dynamisierung des Bilateralismus». Hier zeigt sich die Taktik der EU-Befürworter. Mit der automatischen Übernahme von EU-Recht wird das Korsett für die Schweiz immer enger, der EU-Beitritt wird faktisch Realität. Mit dem Argument, die Schweiz könne zum neuen EU-Recht nichts sagen, soll das Volk mürbe gemacht werden. Am Ziel angekommen, wird Bundesbern genüsslich feststellen: «Liebes Schweizervolk, es braucht doch nur noch das volle Mitwirkungsrecht!» Das gleiche Spiel wird mit der Armee getrieben. Man setzt alles daran, die Milizarmee durch Mittelentzug zu «grounden», bis sie ihre verfassungsmässigen Aufträge nicht mehr erfüllen kann. Genüsslich werden die Internationalisten dem Volk aufzeigen, nur noch ein Mitmachen in den EU-Militärstrukturen könne die Sicherheit des Landes garantieren.

- Broschüre «Insécurité: de pire en pire – L'UE: la grande illusion» von René Scheidegger, Vorstandsmitglied der AUNS (1. und 2. Auflage, fr.)
- «Clairvoyant» 1/10 (fr.)
- Werbebroschüre «Ein freies Volk» (dt., fr., it.)
- AUNS-Klartext/ab Nr. 139 AUNS Bulletin (6 Ausgaben, dt., fr., it.)
- Kleinplakate A3 «Ein freies Volk» (dt.)

---

*Die AUNS hat einen historischen Auftrag zu erfüllen: EU-Beitritt niemals! Denn ein EU-Beitritt heisst: Ende der eigenständigen und freiheitlichen Eidgenossenschaft. Und das müssen wir den kommenden Generationen ersparen.*

---





**AUNS  
ASIN  
ASNI**  **25** JAHRE  
ANS  
ANNI

